

Stadt Eberswalde · Stadtverordnetenversammlung
Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur

c/o Mirko Wolfgramm, Spreewaldstraße 6, 16227 Eberswalde

Tel.:(0172)3811257,eMail:mirkowolfgramm@gmx.de,Fraktionsassistent:fraktionsassistent@gerd-markmann.de

Eberswalde, 9. März 2020

Vorlage-Nr.: BV/0157/2020

- öffentlich -

Betreff: **Städteappell zum Verbot von Atomwaffen**

Beratungsfolge:

Stadtverordnetenversammlung	26.03.2020	1. Lesung
Ausschuss für Kultur, Soziales und Integration	08.04.2020	Vorberatung
Hauptausschuss	23.04.2020	Vorberatung
Stadtverordnetenversammlung	29.04.2020	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Anlässlich des 75. Jahrestages der Zerstörung der Eberswalder Innenstadt durch deutsche Bombenflugzeuge beschließt die Stadtverordnetenversammlung Eberswalde:

Die Stadt Eberswalde unterstützt den Städteappell der Internationalen Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen (ICAN) zu dem von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen.

Der Bürgermeister und der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung werden gebeten, den Städteappell im Namen der Stadt zu unterzeichnen.

Der Städteappell zur Ächtung der Atomwaffen hat folgenden Wortlaut:

»Unsere Stadt ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.«

Sachverhaltsdarstellung:

Die Stadt Eberswalde und ihre Umgebung waren viele Jahre lang Militärstandort. In den 1980er Jahren waren in der nahen Umgebung sogar Atomwaffen stationiert. Am 25. April vor 75 Jahren wurden große Teile des Stadtzentrums durch Flugzeuge der faschistischen deutschen Luftwaffe bombardiert und in Schutt und Asche gelegt. Eberswalde trägt nicht zuletzt auch angesichts der eigenen Geschichte eine besondere Verantwortung. 1990 hatte der damalige Kreistag Eberswalde den »Militärfreien Kreis« beschlossen. Stellen wir uns in diese Tradition!

Atomwaffen stellen eine besondere Bedrohung für Städte dar. Sie sind im Ernstfall die primären Ziele eines atomaren Angriffs. Damit sind Städte direkt betroffen und sollten sich deshalb in die Diskussion zu dieser Frage einmischen. Atomwaffen sind konzipiert, um Menschen und Infrastruktur gigantischen Schaden zuzufügen. Die sogenannte nukleare Abschreckung basiert auf der Drohung, die wichtigsten Orte eines Landes anzugreifen.

Alle Atomwaffenstaaten und ihre Bündnispartner nehmen diese Bedrohung in Kauf und sehen den Einsatz mit Atomwaffen als legitime Verteidigungsstrategie. Damit setzen diese Staaten ihre Bürgerinnen und Bürger der Vernichtungsgefahr aus. Immer wieder sind wir in der Vergangenheit an einem Atomkrieg vorbeigeschrammt. Städte tragen eine besondere Verantwortung für den Schutz ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass sie sich gegen Atomwaffen aussprechen.

Das Engagement von Städten ist wichtig, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit diese auf den Willen der Bevölkerung achtet. Wenn Städte die Regierung dazu auffordern, dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten, ist dies eine spürbare Mahnung, dass die hier in Deutschland lebende Menschen Massenvernichtungswaffen ablehnen.

In der BRD wird der ICAN-Städteappell bisher von 80 Städten und Gemeinden sowie 5 Landkreisen und Regionen unterstützt. Die durch Stadtverordnete, Bürgermeister, Magistrate, Stadt- und Gemeinderäte, Kreistage und Abgeordneten Häuser vertretene Bevölkerung repräsentiert derzeit 23% der Gesamtbevölkerung der BRD (Stand: 31.01.2020).

Ein neues Bündnis von Städten weltweit stärkt die Stimmen der Menschen überall und setzt alle Regierungen dieser Welt unter Druck, jegliche Beteiligung an der atomaren Abschreckung und jegliche Verstrickung in Atombombengeschäften zu unterlassen.

gez. Mirko Wolfgramm
Fraktionsvorsitzender